

Hartmut Sangmeister

Lateinamerika in der Corona-Pandemie: COVID-19 und die Folgen

Lateinamerika gehört zu den Weltregionen, die von der Corona-Krise besonders hart betroffen sind. In allen Ländern der Region versuchten die Regierungen, mit begrenzten finanzpolitischen Ressourcen die wirtschaftlichen Auswirkungen der Krise abzufedern. Dennoch leidet Lateinamerika unter der schwersten Wirtschaftskrise seit Jahrzehnten. Am härtesten betroffen von der Corona-Krise sind die armen Bevölkerungsgruppen Lateinamerikas. Projektionen der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, die über das Jahr 2021 hinausreichen, lassen sich derzeit seriös nicht aufstellen; denn wie schnell Lateinamerikas Volkswirtschaften der Aufstieg aus der Talsohle gelingen kann, hängt von vielen Faktoren ab. Lateinamerika steht vor einer politisch, gesellschaftlich und wirtschaftlich unsicheren Zukunft.

Schlagwörter:

Arbeitsmarkt - Armut - Corona-Krise - Globalisierte Wertschöpfungsketten - Lateinamerika - Letalitätssrate - Pandemie - SARS-CoV-2-Virus - soziale Unruhen - Staatsverschuldung

Lateinamerika in der Corona-Pandemie: COVID-19 und die Folgen

|| Hartmut Sangmeister

Lateinamerika gehört zu den Weltregionen, die von der Corona-Krise besonders hart betroffen sind. Im Laufe des Jahres 2020 ist die Region zu einem Epizentrum der Pandemie geworden. Nachdem dort im Frühjahr 2020 erstmals Infektionen mit dem SARS-CoV-2-Virus auftraten, wurden bis Mitte Dezember 2020 mehr als 14 Mio. Ansteckungen registriert, und fast 500.000 Menschen starben an oder mit dem schweren akuten Atemnotsyndrom SARS (Tabelle 1). Allein in Brasilien wurden fast 7 Mio. Infektionsfälle bestätigt, und damit bei 3,3 Prozent der Bevölkerung. Das größte Land Lateinamerikas registrierte weltweit die dritthöchsten SARS-CoV-2-Fallzahlen, nach den USA und Indien. Auch Argentinien, Kolumbien, Mexiko und Peru meldeten jeweils mehr als 1 Mio. Infektionen.¹ Nicht nur in diesen Ländern waren die Gesundheitssysteme in Folge der rasanten Ausbreitung des Coronavirus überlastet; auch in anderen Ländern wie Bolivien, Honduras oder Nicaragua waren die Infektionsfälle so hoch, dass die Gesundheitssysteme zu kollabieren drohten. Die tatsächliche Zahl der Infizierten liegt in vielen lateinamerikanischen Ländern vermutlich deutlich über den amtlich bestätigten Fällen. Von hohen Dunkelziffern bei der Registrierung von COVID-19 Infektionen ist insbesondere in Ländern wie Bolivien, Belize, Guatemala, Honduras oder Paraguay auszugehen, deren Gesundheitssysteme in dem *Global Health Security Index* als schlecht

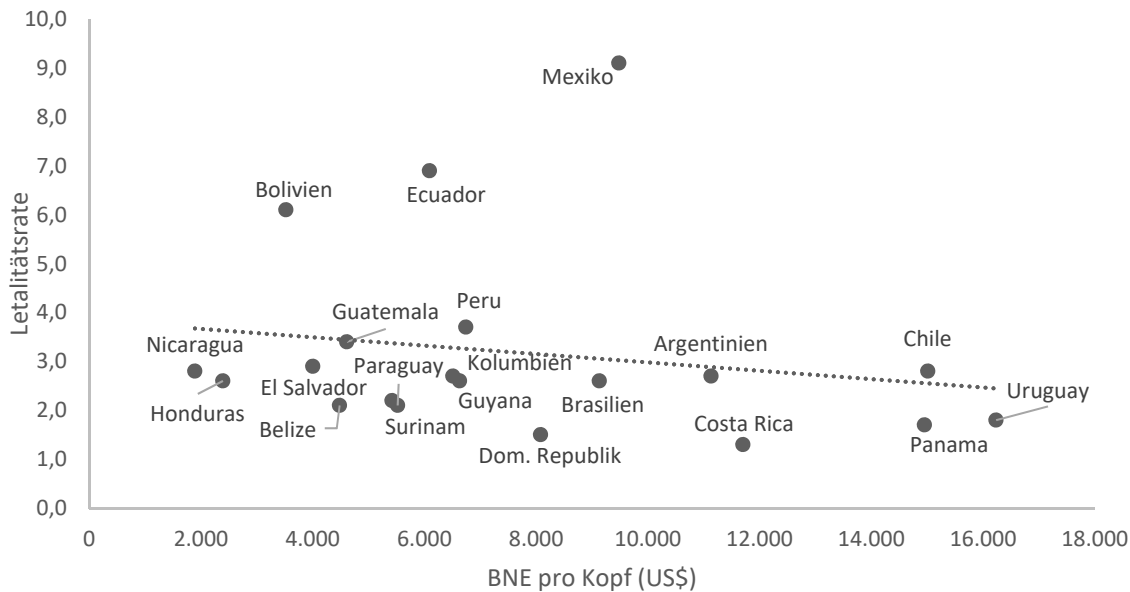
darauf vorbereitet klassifiziert sind, auf den Ausbruch einer Epidemie schnell zu reagieren und Inzidenzzahlen nach internationalen Standards zu melden.² Bis Mitte Dezember 2020 starben in Lateinamerika fast 500.000 Erkrankte an oder mit dem Coronavirus, die meisten davon in Brasilien und Mexiko (Tabelle 1). Allerdings ist auch bei der Zahl der Todesfälle von hohen Dunkelziffern auszugehen, die von Land zu Land je nach Qualität der Gesundheitssysteme sehr unterschiedlich sein können. So erscheint beispielsweise die für Venezuela gemeldete Zahl von 960 verstorbenen Erkrankten bei fast 110.000 registrierten Corona-Infektionsfällen wenig plausibel. Denn die für Venezuela registrierten Zahlen würden eine Letalitätssrate über den gesamten Erfassungszeitraum von nur 0,9 bedeuten, d.h. ein extrem niedriges Verhältnis der Zahl der an oder mit dem Coronavirus Verstorbenen zu der Gesamtzahl der Infizierten; in den anderen lateinamerikanischen Ländern lagen die Letalitätsraten deutlich höher, zwischen 1,3 (Costa Rica) und 9,1 (Mexiko).³ Tendenziell besteht ein Zusammenhang zwischen dem Pro-Kopf-Einkommen der Bevölkerung eines Landes und der dortigen SARS-Letalitätsrate: Je höher das Pro-Kopf-Einkommen, umso niedriger die Letalitätsrate, da bei einem höheren Einkommensniveau in der Regel das Gesundheitssystem des Landes besser in der Lage ist, Erkrankte zu versorgen.

Tabelle 1: Registrierte SARS-CoV-2-Infektionsfälle und registrierte Todesfälle an und mit dem Coronavirus (Stand: 15.12.2020)

Land	Registrierte Infektionen	Registrierte Todesfälle	Letalitätsrate (Prozent)
Argentinien	1.503.222	41.041	2,7
Belize	9.377	197	2,1
Bolivien	147.345	9.024	6,1
Brasilien	6.927.145	181.835	2,6
Chile	575.329	15.949	2,8
Costa Rica	153.169	1.936	1,3
Dominikanische Republik	155.184	2.364	1,5
Ecuador	202.180	13.875	6,9
El Salvador	42.132	1.212	2,9
Guatemala	130.082	4.476	3,4
Guyana	5.943	156	2,6
Honduras	114.642	2.989	2,6
Kolumbien	1.434.516	39.195	2,7
Kuba	9.492	137	1,4
Mexiko	1.255.974	114.298	9,1
Nicaragua	5.887	162	2,8
Panama	194.619	3.382	1,7
Paraguay	94.223	1.971	2,1
Peru	986.130	36.754	3,7
Surinam	5.359	117	2,2
Uruguay	10.029	95	1,8
Venezuela	108.125	960	0,9
Summe	14.070.104	472.125	-

Quelle: Johns Hopkins University, Coronavirus Resource Center (2020).
 URL <https://coronavirus.jhu.edu/map.html> [15.12.2020]

Abbildung 1: Bruttonationaleinkommen (BNE) pro-Kopf 2019 und SARS-Letalitätsraten 2020 in lateinamerikanischen Staaten



Quelle: Tabelle 1 und World Bank (2020): World Development Indicators.
URL <https://databank.worldbank.org/source/world-development-indicators> [16.12.2020].

Wie Abbildung 1 erkennen lässt, haben Länder wie Uruguay, Panama und Costa Rica mit einem im intraregionalen Vergleich höheren Pro-Kopf-Einkommen auch niedrigere Letalitätsraten. Jedoch gibt es von dem tendenziellen Zusammenhang zwischen Einkommensniveau und Letalitätsrate auch deutliche Abweichungen. Die markanteste Abweichung stellte Mexiko dar; hier war die SARS-Letalitätsrate 9,1 deutlich höher als in anderen lateinamerikanischen Ländern mit vergleichbarem Pro-Kopf-Einkommen, wie Argentinien und Brasilien. Auch in Bolivien und Ecuador entsprachen die Letalitätsraten nicht denjenigen anderer Länder Lateinamerikas mit einem vergleichbar niedrigen Einkommensniveau. Umgekehrt überstieg in Chile, mit einem relativ höheren Einkommensniveau, die Letalitätsrate den Wert anderer Länder der vergleichbaren Einkommensgruppe.

Unterschiedliche Reaktionen auf die Herausforderungen der Corona-Pandemie⁴

In vielen Ländern Lateinamerikas handelten die staatlichen Institutionen nach den ersten gemeldeten Infektionsfällen relativ schnell, um mit der Anordnung von Zwangs-

maßnahmen die Ausbreitung der Infektion einzudämmen. So wurde beispielsweise in Costa Rica nur zehn Tage nach dem ersten Auftreten des SARS-CoV-2-Virus am 6. März 2020 der nationale Notstand ausgerufen; Chile schloss ab dem 18. März 2020 seine Luft-, See- und Landgrenzen für die Einreise von Ausländern, und verfügte für alle Einreisenden eine 14-tägige häusliche Isolierung; nachdem am 3. März 2020 in Argentinien der erste Verdacht auf eine Infektion mit dem SARS-CoV-2-Virus aufgetaucht war, wurde am 20. März 2020 eine landesweite Ausgangssperre verfügt. Da die dramatischen Herausforderungen der Corona-Pandemie in anderen Teilen der Welt bereits erkennbar geworden waren, reagierten die politischen Entscheidungsträger in fast allen lateinamerikanischen Ländern mit erprobten Maßnahmen wie Geschäftsschließungen, Ausgangsbeschränkungen und landesweiten Reiseverboten.

Die ökonomischen Auswirkungen dieser Corona-bedingten Restriktionen wurden unmittelbar spürbar, und sie verschärften die gesamtwirtschaftliche Krisenstimmung, die in weiten Teilen Lateinamerikas schon vor dem Ausbruch der Corona-Pandemie bestanden

hatte. Bereits in den Jahren zuvor war die gesamtwirtschaftliche Dynamik in der Region nur sehr verhalten. Nach der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise von 2008/09 war die durchschnittliche jährliche Wachstumsrate des regionalen Bruttoinlandsprodukts (BIP) auf 0,2 Prozent gesunken – der niedrigste Wert seit den 1950er Jahren.⁵ Zudem wurde 2019 in mehreren lateinamerikanischen Ländern die wirtschaftliche Entwicklung durch anhaltende soziale Unruhen und Proteste beeinträchtigt, in denen sich die politische Unzufriedenheit großer Bevölkerungsgruppen mit der politischen Führung manifestierte.⁶ In Bolivien erzwang der Protest von Zehntausenden gegen Unregelmäßigkeiten bei den Präsidentschaftswahlen den Rücktritt von Evo Morales; in Chile weiteten sich Proteste von Studierenden gegen höhere Preise für U-Bahn-Tickets in monatelange Massendemonstrationen gegen soziale Ungleichheit aus; in Ecuador lähmten Demonstrationen indigener Gruppen und ein Generalstreik das öffentliche Leben; in Peru sorgte die Parlamentsauflösung durch Präsident Martín Vizcarra für Ausschreitungen; in Nicaragua kam es zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen der Regierung und einer breiten Koalition aus Zivilgesellschaft, Kirche und Privatwirtschaft; in Venezuela verließen, nach monatelangen Demonstrationen gegen Präsident Maduro inmitten eines wirtschaftlichen Zusammenbruchs, fast 5 Mio. Menschen ihr Land.⁷ In vielen Ländern der Region setzte sich 2020 die Welle sozialer Unruhen und politischer Demonstrationen fort, verstärkt noch durch teilweise gewalttätige Proteste gegen Maßnahmen der Regierungen zur Eindämmung der Corona-Krise.

Zu den negativen binnenwirtschaftlichen Auswirkungen der Anti-Corona-Maßnahmen kam die Einschränkung außenwirtschaftlicher Geschäftsbeziehungen. Die Nachfrage nach Produkten aus Lateinamerika seitens wichtiger Außenhandelspartner, wie China, die USA und die Europäische Union, ging erheblich zurück, da deren Wirtschaften ebenfalls unter der Pandemie litten. Die aggregierten Exporte Lateinamerikas sanken 2020 gegenüber dem Vorjahr um 13 Prozent.⁸ In dieser schwierigen Situation wurden umfassende Lockdowns zur Ein-

dämmung des Infektionsgeschehens nur zögerlich oder zu spät angeordnet und zu früh wieder aufgehoben, um negative Auswirkungen auf Produktion, Konsum und Außenhandel zu begrenzen. Zudem wurde die Corona-Krise von einigen führenden Politikern zu populistischer Agitation genutzt, indem sie die Existenz oder die Gefährlichkeit des COVID-19-Virus öffentlich verharmlosten. Zu den prominentesten Corona-Leugnern gehörten Staatspräsidenten wie Jair Bolsonaro in Brasilien, Andrés Manuel López Obrador in Mexiko und José Daniel Ortega in Nicaragua. López Obrador und Bolsonaro schoben die Verantwortung für Maßnahmen zur Eindämmung des Infektionsgeschehens auf die Gouverneure der Bundesstaaten, beschuldigten diese dann aber zu harter Einschränkungen des öffentlichen Lebens; mit ihrer verantwortungslosen Politik, die der von Donald Trump in den USA ähnelte, lösten beide Staatspräsidenten in ihren Ländern eine Welle vermeidbarer Todesfälle aus.⁹

Seit dem 4. Quartal 2020 überrollt die zweite Infektionswelle Lateinamerika, mit täglich steigenden Infektionszahlen. Die *World Health Organization* (WHO) meldete allein am 19.12.2020 für Brasilien 69.826 neue bestätigte Fälle, für Kolumbien 12.196 und für Mexiko 11.799.10 Dennoch füllten sich im Sommer auf der südlichen Halbkugel wie immer die Strände von Rio de Janeiro, in den Shoppingzentren in São Paulo drängten sich die Menschenmassen, in den Bars und Restaurants am Lago Sul von Brasília herrschte bis weit in die Nacht ausgelassene Stimmung. Für die WHO ist diese Situation beunruhigend. Denn in vielen Ländern Lateinamerikas wird ein erneuter *Lockdown* wegen dessen wirtschaftlicher Konsequenzen abgelehnt, und sie sind auf Massenimpfungen mit den jetzt in Aussicht stehenden Corona-Vakzinen schlecht vorbereitet. Zudem geraten mögliche Impfstrategien und die Entscheidung für einen der verfügbaren Impfstoffe in den Fokus politischer Auseinandersetzungen, zumal auch nicht alle Vakzine zum Einsatz bei tropischen Temperaturen geeignet sind.¹¹ Zumindest Brasilien verfügt über eine leistungsfähige Infrastruktur für Massenimmunsierungen sowie über Produktionskapazitäten zur Herstellung von Impfstoffen.

Tabelle 2: Finanzpolitische Instrumente zur Eindämmung der Corona-Krise

Land	Transferzahlungen an Private Haushalte	Kürzung/Stundung Lohnsteuer und Sozialversicherungsbeiträge	Kürzung/Stundung anderer Steuern	Kreditlinien für Unternehmen	Lohnersatzzahlungen
Argentinien	✓	✓		✓	✓
Belize		✓		✓	✓
Bolivien	✓		✓	✓	
Brasilien	✓	✓	✓	✓	✓
Chile	✓	✓	✓		✓
Costa Rica	✓		✓		
Dominikanische Republik	✓		✓	✓	✓
Ecuador	✓	✓	✓		
El Salvador	✓		✓		
Guatemala	✓	✓	✓	✓	
Honduras	✓		✓		
Kolumbien	✓		✓		
Mexiko			✓		
Panama	✓		✓		
Paraguay	✓		✓	✓	
Peru	✓		✓	✓	
Uruguay	✓	✓	✓	✓	✓
Venezuela	✓				

Quelle: Inter-American Development Bank (2020): Policies to Fight the Pandemic. Latin American and Caribbean Macroeconomic Report 2020. Washington DC, S. 46.

Begrenzte staatliche Ressourcen des Krisenmanagements

In allen Ländern der Region setzten die Regierungen finanzpolitische Instrumente ein, um die wirtschaftlichen Auswirkungen der Krise abzufedern (Tabelle 2); im regionalen Durchschnitt machten diese fiskalischen Unterstützungen 8 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) aus.¹² Private Haushalte wurden mit staatlichen Transferzahlungen unter-

stützt, wie beispielsweise in Brasilien, wo etwa 30 Mio. Haushalte ab April 2020 Corona-Hilfen von monatlich 600 *Reais* (ca. 90 Euro) erhielten.¹³ Steuerkürzungen oder -stundungen kamen Unternehmen und privaten Haushalten zugute, und Unternehmen sowie privaten Haushalten wurde ein temporärer Aufschub von Schuldendienstleistungen ermöglicht. In mehreren Ländern wurden staatlicherseits auch Kompensationen für krisenbedingte Lohnausfälle geleistet, die aber Er-

werbstätige in den großen informellen (und teilweise illegalen) Arbeitsmarktsektoren kaum erreichten. Während in Chile und Peru nach Jahren stabilitätsorientierter Haushaltspolitik zu Beginn der Krise noch erheblicher fiskalischer Spielraum bestand, waren die Ressourcen für das finanzpolitische Krisenmanagement in vielen anderen Ländern der Region angesichts der angespannten Lage ihrer öffentlichen Haushalte begrenzt.¹⁴ Staatsanleihen zur Ausweitung ihrer Handlungsspielräume auf den internationalen Finanzmärkten zu emittieren gelingt den meisten lateinamerikanischen Staaten nur mit hohen Risikozuschlägen (*spreads*)¹⁵ – oder überhaupt nicht. Argentinien und Ecuador konnten bereits 2020 ihre Auslandsschulden nicht mehr bedienen, erreichten aber mit den Gläubigern vorläufige Umschuldungsabkommen. Auch andere Staaten mit hoher externer Staatsverschuldung, wie Brasilien, Costa Rica, El Salvador und Uruguay, werden ihren Zahlungsverpflichtungen gegenüber ausländischen Gläubigern nur mit erheblichen fiskalischen Anstrengungen nachkommen können.¹⁶ Mehr Spielraum bestand für den Einsatz expansiver geldpolitischer Instrumente zur Liquiditätsversorgung der Wirtschaft, insbesondere der kleinen und mittleren Unternehmen, da die Inflationsraten – außer in Argentinien und Venezuela – auf relativ niedrigem Niveau verharrten. In fast allen Ländern der Region senkten die nationalen Zentralbanken die Leitzinsen; in mehreren Ländern intervenierten sie an den Devisenbörsen zur Stützung des Wechselkurses der eigenen Währungen, und reduzierten die Mindestreserveanforderungen, um die Liquiditätsausstattung der Banken zu verbessern.¹⁷

Externe finanzielle Unterstützung bei der Krisenbewältigung erhielten lateinamerikanische Staaten durch umfangreiche Kreditangebote des *International Monetary Fund* (IMF), der *Inter-American Development Bank* (IDB) und der *World Bank*. Der IMF stellte Notstandskredite von bis zu 5 Mrd. US-Dollar für lateinamerikanische Staaten bereit sowie flexible Kreditlinien für Chile, Kolumbien und Peru. Kredite in Höhe von ca. 4 Mrd. US-Dollar

bot die World Bank für konkrete Projekte an, beispielsweise 35 Mio. US-Dollar zur Unterstützung des Gesundheitssystems in Argentinien oder 20 Mio. US-Dollar für Hospitalausrüstungen in El Salvador.¹⁸ Diese Kredite können in der aktuellen Krise helfen, finanzielle Engpässe zu überwinden, aber sie belasten die Schuldendienstfähigkeit der kommenden Jahre, die in mehreren Ländern bereits jetzt Grenzen erreicht hat. Von der *Pan American Health Organization* (PAHO) wurde der spendenfinanzierte *COVID-19-Response Fund* aufgelegt, um dabei zu helfen, Leben in den Ländern Lateinamerikas zu retten.

Düstere wirtschaftliche Perspektiven

Die COVID-19-Pandemie hat in Lateinamerika die schwerste Wirtschaftskrise seit Jahrzehnten ausgelöst. Projektionen der weiteren gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in Lateinamerika sind derzeit nur mit hoher Unsicherheit möglich; denn die regionale Wirtschaftsleistung wird vom zeitlichen Ablauf und Ausmaß der Corona-Infektion vor Ort ebenso beeinflusst, wie von der Entwicklung der globalen Konjunktur. Nach Schätzungen des IMF und der *Comisión Económica para América Latina y el Caribe* (CEPAL) ist für 2020 ein Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung in Lateinamerika historischen Ausmaßes zu erwarten. Allerdings trifft der wirtschaftliche Abschwung nicht alle Volkswirtschaften der Region in gleicher Härte, und die Wirtschaftszweige sind unterschiedlich schwer betroffen.¹⁹ Dementsprechend ergibt sich für die ökonomischen Folgen der Corona-Pandemie in Lateinamerika ein heterogenes Bild (Tabelle 3). Der stärkste Einbruch der gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung wird 2020 für die Volkswirtschaften Südamerikas erwartet, die hauptsächlich als Rohstoffproduzenten und -exporteure in die internationale Arbeitsteilung eingebunden sind. Anhaltend niedrige Weltmarktpreise für Rohöl und andere Rohstoffe sowie sinkende Nachfrage infolge von weltweiten Produktionseinschränkungen belasten die Außenhandelsbilanzen dieser Länder. Wenn in Brasilien, der größten Volkswirtschaft Lateinamerikas,

das BIP 2020 um 5 bis 6 Prozent sinkt, dann hat das auf Grund der damit einhergehenden Angebots- und Nachfrageschocks auch Auswirkungen in den Nachbarländern und in anderen Regionen der Welt. Dasselbe gilt für Mexiko, der zweitgrößten lateinamerikanischen Volkswirtschaft, wo die Wirtschaftsleistung 2020 den Projektionen zufolge um 9 Prozent einbricht.

Mit Abstand am stärksten ist der Wirtschaftseinbruch in Venezuela, wo die Menschen ohnehin seit Jahren unter der politischen

und humanitären Krise leiden und Millionen emigrierten. Die einzige positive Ausnahme in dem rezessionsgeplagten Lateinamerika stellt Guyana dar, für das 2020 ein Wachstum des BIP von 30 Prozent erwartet wird; Ursache des Booms sind die vor der Atlantikküste 2015 entdeckten riesigen Ölvorkommen, die von dem US-amerikanischen *ExxonMobil*-Konzern und der *China National Offshore Oil Corporation* (CNOOC) ausgebeutet werden. Für das übrige Lateinamerika sind von dem Wirtschaftsboom in dem kleinen englischsprachi-

Tabelle 3: Projektionen der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, 2020 und 2021
Wachstumsrate des realen BIP zu Marktpreisen gegenüber dem Vorjahr (in Prozent)

Land	Projektion 2020		Projektion 2021	
	IMF 10/2020	CEPAL 12/2020	IMF 10/2020	CEPAL 12/2020
Argentinien	-11,8	-10,5	4,9	4,9
Belize	-16,0	-15,5	8,0	7,5
Bolivien	-7,9	-8,0	5,6	5,1
Brasilien	-5,8	-5,3	2,8	3,2
Chile	-6,0	-6,0	4,5	5,0
Costa Rica	-5,5	-4,8	2,3	3,0
Dominik. Republik	-6,0	-5,5	4,0	5,0
Ecuador	-11,0	-9,0	4,8	1,0
El Salvador	-9,0	-8,6	4,0	3,5
Guatemala	-2,0	-2,5	4,0	3,5
Guyana	26,2	30,9	8,1	8,1
Honduras	-6,6	-8,0	4,9	4,5
Kolumbien	-8,2	-7,0	4,0	5,0
Kuba	n.v.	-8,5	n.v.	3,0
Mexiko	-9,0	-9,0	3,5	3,8
Nicaragua	-5,5	-4,0	-0,5	1,3
Panama	-9,0	-11,0	4,0	5,5
Paraguay	-4,0	-1,6	5,5	3,5
Peru	-13,9	-12,9	7,3	9,0
Surinam	-13,1	-10,1	1,5	2,0
Uruguay	-4,5	-4,5	4,3	4,0
Venezuela	-25,0	-30,0	-10,0	-7,0

n.v. Nicht verfügbar.

Quelle: CEPAL (2020): Balance Preliminar de las Economías de América Latina y el Caribe 2020, Santiago, S. 115 und S.117; IMF (2020): Regional Economic Outlook Western Hemisphere. Pandemic Persistence Clouds the Recovery, Washington DC, S. 31.

gen Staat kaum positive Impulse zu erwarten.²⁰

Auf dem Arbeitsmarkt hinterlässt die Corona-Krise in Lateinamerika deutlich stärkere Spuren als die Finanz- und Wirtschaftskrise von 2008/09. Bereits vor der Corona-Krise hatte die langanhaltende Stagnation der lateinamerikanischen Volkswirtschaften tiefgreifende Transformationen der Beschäftigtenstruktur in Gang gesetzt.²¹ Nach dem Ausbruch der Gesundheitskrise verloren im 1. Halbjahr 2020 etwa 34 Mio. Menschen in neun lateinamerikanischen Ländern, für die Daten verfügbar waren, ihre Arbeit.²² In besonderem Maße von dem Verlust des Arbeitsplatzes waren Nicht- und Geringqualifizierte betroffen, für die *home office* nicht möglich war. Schätzungen der CEPAL vom Juli 2020 sahen einen Anstieg der Erwerbslosenzahl auf ca. 38 Mio., fast 12 Mio. mehr als in 2019.²³ Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Arbeitsmarkt-Indikatoren der lateinamerikanischen Länder die weitverbreiteten informellen Beschäftigungsverhältnisse nicht oder nur unzureichend erfassen.²⁴

Projektionen der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, die über das Jahr 2021 hinausreichen, lassen sich derzeit seriös nicht aufstellen, da die Dynamik der erhofften wirtschaftlichen Erholung in Lateinamerika von dem weiteren regionalen Pandemie-Verlauf abhängt sowie von der Entwicklung der Industriekonjunktur in weltwirtschaftlichen Schwergewichten wie USA, EU und China. Mit dieser Einschränkung sind auch die Projektionen in Tabelle 2 für die wirtschaftliche Entwicklung in Lateinamerika 2021 zu lesen. Von dem sehr niedrigen Krisenniveau 2020 ausgehend, lassen die Projektionen von IMF und CEPAL für die meisten lateinamerikanischen Länder 2021 verhaltenen Optimismus erkennen. In den Projektionen des IMF werden für die Region Lateinamerika Zuwachsraten des BIP von 3,6 Prozent, erwartet, die aber bei weitem nicht ausreichen, um den krisenbedingten Einbruch der Wirtschaftsleistung wieder auszugleichen.²⁵ Das Vor-Krisenniveau der Wirtschaftsleistung kann beispielsweise in Brasilien voraussichtlich erst im 2. Quartal 2023 wieder erreicht werden, in Argentinien

im 1. Quartal 2024 und in Mexiko frühestens im 2. Quartal 2025.²⁶ Die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Folgen der Krise werden in Lateinamerika noch längerfristig zu spüren sein.

Die wirtschaftliche Erholung hängt von vielen Faktoren ab

Wann und wie schnell Lateinamerikas Volkswirtschaften der Aufstieg aus der Talsohle gelingen kann, hängt zunächst von der Eindämmung der COVID-19-Infektionen ab und der Verfügbarkeit von Impfstoff und Therapiemitteln. In dem weltweiten Nachfragewettbewerb um die noch zu entwickelnden Vakzinen drohen die ärmeren Länder Lateinamerikas abgehängt zu werden. Mitentscheidend für die wirtschaftliche Erholung in Lateinamerika ist aber auch, wie sich das weltwirtschaftliche Umfeld entwickeln wird; insbesondere für die exportorientierten Unternehmen in Südamerika ist eine Erholung der Weltmarktpreise für Rohstoffe von entscheidender Bedeutung. In Folge des Einbruchs der wirtschaftlichen Aktivitäten rund um den Globus wird der internationale Handel 2020 gegenüber dem Vorjahr schätzungsweise um 10 Prozent gesunken sein.²⁷ Nationalistische Abschottungstendenzen in den USA und in anderen Teilen der Welt drohen den globalen Güterhandel weiter zu dämpfen. Vor allem in Volkswirtschaften Asiens, von denen in zurückliegenden Dekaden wichtige Wachstumsimpulse ausgingen, wurden – schon vor der Corona-Krise – deutliche Anzeichen stärker nach innen gerichteter Strategien erkennbar. In China will Präsident Xi Jinping mit dem neuen Kurs der „Zwei Kreisläufe“ die wirtschaftliche Autarkie des Landes stärken; Premierminister Modi beschwört in Indien Gandhis Modell der *Self reliance*; in Indonesien legt Präsident Joko Widodo den Fokus auf eine Strategie der Importsubstitution.

Solche De-Globalisierungstendenzen bleiben nicht ohne Auswirkungen auf Handel und Investitionen mit und in Lateinamerika. Andererseits können sich Post-Corona-Chancen für Lateinamerika ergeben, wenn Unternehmen nach der pandemiebedingten Unterbrechung

globalisierter Wertschöpfungsketten ihre Zulieferstrukturen neu ordnen und diversifizieren. Gegenüber Konkurrenten in Asien haben lateinamerikanische Anbieter den geografischen Vorteil, näher an wichtigen Märkten in den USA, in Kanada und in Europa zu liegen. Andererseits haben die lateinamerikanischen Pazifik-Anrainer-Staaten es nicht verstanden, sich der *Regional Comprehensive Economic Partnership* (RCEP) anzuschließen, dem im November 2020 unterzeichneten Freihandelsabkommen von 15 Staaten im Asien-Pazifik-Raum, darunter China und Japan. Zusätzliche Vermarktungschancen böten sich den vier südamerikanischen Mitgliedstaaten des *Mercado Común del Sur* (MERCOSUR) nach Abschluss des Handelsabkommens mit der EU.²⁸ Von der weltweiten Neustrukturierung der Lieferketten nach dem disruptiven Corona-Schock werden vermutlich nur einige Länder in Lateinamerika profitieren können. Dazu gehört Mexiko wegen dessen Nähe zu dem US-Markt, zu dem durch das *United States-Mexiko-Canada Agreement* (USMCA) ohnehin ein bevorzugter Zugang besteht. Aber auch Costa Rica, Chile und Kolumbien gelten als aussichtsreiche Kandidaten im Wettbewerb mit Asien bei der Reorganisation von Lieferketten.²⁹ Zudem könnten zentralamerikanische Staaten in speziellen Segmenten des Weltmarktes Vorteile bei der Neuordnung der Lieferverflechtungen wahrnehmen, beispielsweise als Lieferanten industrieller Vorprodukte für die Automobilindustrie in Mexiko, oder als Anbieter digitalisierter Geschäftsprozesse, die internationale Unternehmen im Rahmen des *Business Process Outsourcing* (BPO) auslagern.³⁰ Entscheidend für einen Wiederaufschwung lateinamerikanischer Volkswirtschaften und deren Positionierung in der Weltwirtschaft dürfte mittel- bis längerfristig die Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit sein. In dem Ranking der internationalen Wettbewerbsfähigkeit nehmen die lateinamerikanischen Volkswirtschaften mehrheitlich nur mittlere und hintere Plätze ein.³¹ Als komparative Nachteile im internationalen Wettbewerb erweisen sich für Unternehmen in Lateinamerika bislang die vergleichsweise höheren Lohnkosten, Überbürokratisierung,

die defizitäre (Transport-)Infrastruktur und mangelnde Qualität auf allen Ebenen der Bildungssysteme. Als weitere Negativfaktoren in der Zusammenarbeit mit Unternehmen in Lateinamerika gelten für internationale Geschäftspartner Gewalt, endemische Korruption, mangelnde Rechtssicherheit und die Verbindungen staatlicher Institutionen zu Gruppierungen der organisierten Kriminalität.

Der Aufgabe, die internationale Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern, stellt sich Wirtschaft, Staat und Gesellschaft in Lateinamerika gleichermaßen. Die Reformagenda ist weitreichend und anspruchsvoll, denn sie umfasst so unterschiedliche Aufgaben wie die Bewältigung der digitalen Transformation, die Modernisierung der Bildungssysteme, den nachhaltigen Schutz des Naturkapitals und die Anpassung an den Klimawandel; ganz oben auf der Reformagenda steht aber als zentrale gesellschaftliche Herausforderung die Aufgabe, Wirtschaftswachstum mit dem Abbau sozialer Ungleichheit zu verbinden.

Den höchsten Preis der Krise zahlt die arme Bevölkerung

Am schwersten betroffen von der Corona-Krise waren die armen Bevölkerungsgruppen Lateinamerikas. Nach Schätzungen der CEPAL steigt 2020 die Zahl der Armen in 18 Ländern Lateinamerikas insgesamt um fast 28 Mio. auf 215 Mio., von denen 83,4 Mio., fast 40 Prozent, als extrem arm gelten; dies bedeutet einen Anstieg der Armutsquote, des Anteils der Personen unterhalb der Armutsgrenze, auf fast 35 Prozent, gegenüber 30 Prozent im Vorjahr, sowie eine Erhöhung des Anteils der in extremer Armut lebenden Menschen auf rund 14 Prozent, nach 11 Prozent in 2019.³² Armut wird krisenbedingt überall in Lateinamerika zunehmen, extreme Armut prozentual am stärksten in Mexiko, Nicaragua und Ecuador (Tabelle 4). Im Juni 2020 warnte die *Food and Agriculture Organization* (FAO) der Vereinten Nationen vor der Gefahr, dass die Corona-Krise bei steigenden Nahrungsmittelpreisen für immer mehr Menschen Ernährungsunsicherheit bedeutet, nachdem in den Jahren 2016-2018 bereits 54 Mio. Menschen

in Lateinamerika unter Hunger gelitten hatten.³³

Ein Großteil der in Armut lebenden Bevölkerung ist darauf angewiesen, Einkommen durch informelle Erwerbstätigkeit in kleinen und mittleren Unternehmen zu erzielen, in denen ihnen arbeitsrechtliche Schutzbestimmungen nur selten zugutekommen und sie vergleichsweise schlecht bezahlt werden. Oder sie versuchen, ihre Grundbedürfnisse als Gelegenheitsarbeiter, ambulante Straßenhändler, oder als Hilfskräfte in privaten Haushalten ohne soziale Absicherung zu decken. Sie können es sich nicht leisten, zu Hause zu bleiben, auch wenn Corona-bedingt ein Lockdown angeordnet ist. Staatliche Transferzahlungen erreichten Menschen in den armen Bevölkerungsgruppen häufig nicht, wenn diese beispielsweise keinen registrierten Wohnsitz hatten, oder sie bürokratische Hürden bei der Beantragung von Unterstützungszahlungen nicht überwinden konnten.³⁴ Die für viele arme Haushalte überlebenswichtigen Rück-

überweisungen von Migranten und im Ausland lebenden Gastarbeitern an ihre Angehörigen im lateinamerikanischen Herkunftsland sind, entgegen den Befürchtungen, nicht gesunken.³⁵

Arme Familien sind auch von Schulschließungen in der Corona-Krise besonders betroffen, da ihnen alternative Betreuungsangebote für die Kinder nicht zur Verfügung stehen, und den Kindern zur Teilnahme an dem *distance schooling* die technischen Geräte fehlen. In den beengten Wohnverhältnissen der Armen ist auch das *social distancing* kaum möglich, so dass sich hier die Krankheitsfälle häufen. Die unbezahlte häusliche Versorgung der Kranken lastet zumeist auf den Frauen, für die Erwerbstätigkeit dann nicht mehr möglich ist.

Wie unter einem Vergrößerungsglas hat die Corona-Krise in vielen Staaten Lateinamerikas gravierende *Governance*-Defizite und die dringende Notwendigkeit umfassender Reformen deutlicher erkennbar werden lassen. Allerdings ist die Dringlichkeit zum Abbau von

Governance-Defiziten innerhalb Lateinamerikas unterschiedlich ausgeprägt, wie der *Governance*-Index der Bertelsmann-Stiftung erkennen lässt; in dem Ranking 2020 nehmen Chile, Uruguay und Costa Rica innerhalb Lateinamerikas die Spitzenplätze ein, und sie erweisen sich auch im internationalen Vergleich gut aufgestellt; Honduras, Kuba und Guatemala sind hingegen die am schlechtesten platzierten Länder der Region.³⁶ Schlechte Regierungsführung

Tabelle 4: Armutsquoten in Lateinamerika, 2019 und 2020 (in % der Gesamtbevölkerung)

Land	2019 ^a		Projektion 2020 (Mittleres Szenarium)	
	Extreme Armut	Armut	Extreme Armut	Armut
Argentinien ^b	3,8	26,7	5,5	33,6
Bolivien	14,3	32,3	16,0	34,4
Brasilien	5,4	19,4	7,4	24,3
Chile	1,4	9,8	2,3	12,7
Costa Rica	4,0	16,0	4,9	18,4
Dominik. Republik	4,5	20,3	4,9	21,1
Ecuador	7,6	25,7	10,7	30,8
El Salvador	7,4	33,7	9,0	36,4
Guatemala	10,8	48,6	21,4	50,5
Honduras	18,7	54,8	19,8	57,1
Kolumbien	10,3	29,0	12,0	31,5
Mexiko	11,1	41,9	15,9	47,8
Nicaragua	18,0	47,1	21,3	51,6
Panama	6,2	14,2	6,6	14,9
Paraguay	6,2	19,4	6,5	20,3
Peru	7,3	16,5	4,8	19,1
Uruguay	0,1	2,9	0,3	4,8

a Vorläufige Schätzung; b Nur urbane Zentren.

Quelle: CEPAL (2020): *The Social Challenge in Times of COVID-19. Special Report COVID 19, Nr. 3, Santiago, S. 2.*

unterminiert die gesellschaftliche Kohäsion und schwächt die für politische Stabilität wichtige politische Mitte weiter; zudem gefährden *Governance*-Defizite in einem föderalen Staatsaufbau – wie in Argentinien, Brasilien, Mexiko und Venezuela – die Zusammenarbeit zwischen den Gebietskörperschaften, die nicht nur in der Corona-Krise für Akzeptanz und Effizienz staatlicher Interventionen (mit-)entscheidend ist.

Bislang ist in Lateinamerika die Mobilisierung des vorhandenen Potenzials wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung nicht gelungen. Die Erfahrungen anderer Länder deuten darauf hin, dass sich dieses Potenzial unter demokratischen Vorzeichen und einer dem sozialen Ausgleich verpflichteten Marktwirtschaft am ehesten entfalten kann. Nur mit einer solchen Neuorientierung ließe sich die tiefe Spaltung überwinden, durch die große Gesellschaftsgruppen von der Teilhabe an den enormen Möglichkeiten Lateinamerikas ausgeschlossen bleiben. Dies erfordert auch, sozialpolitische Entscheidungen nicht länger den *Rent-Seeking*-Netzwerken zu überlassen, die in der politischen Klasse Lateinamerikas traditionell fest verwurzelt sind.³⁷ Umso dringlicher ist eine Neuausrichtung im Hinblick auf den längerfristigen Trend einer strukturell bedingt schwächer wachsenden Weltwirtschaft, der auch die gesamtwirtschaftliche Dynamik in Lateinamerika mitbestimmen wird. Schon vor der Corona-Krise hat sich der Auf- und Ausbau globalisierter Wertschöpfungsketten verlangsamt, mit der Folge gesamtwirtschaftlicher Wachstumseinbußen in allen an dem internationalen Handel beteiligten Volkswirtschaften; hinzu kommen umwelt- und technologiebedingte Veränderungen des Rohstoffverbrauchs und der Konsummuster sowie des Spar- und Investitionsverhaltens, die tendenziell wachstumsdämpfend wirken.

Für die Gesellschaften Lateinamerikas bedeutet anhaltend nachlassendes Wirtschaftswachstum, dass die gesellschaftlichen Verteilungskämpfe noch härter werden, aber die politischen Gestaltungsspielräume kleiner. Ohnehin ist das Vertrauen der Zivilgesell-

schaft in die etablierte Politik zerrüttet, wie die sozialen Unruhen in vielen Ländern gezeigt haben. Der öffentliche Druck auf eine politische Neuordnung und die Verständigung auf ein anderes Entwicklungs- und Wirtschaftsmodell steigt. Lateinamerika steht vor einer politisch und wirtschaftlich unsicheren Zukunft. Umso dringlicher stellt sich allen gesellschaftlichen Akteuren spätestens nach der Corona-Krise die Aufgabe, die Wirtschafts- und Sozialordnung neu zu gestalten, und sich für eine bessere Zukunft mit sozialem Ausgleich und nachhaltiger Entwicklung zu engagieren.

|| Hartmut Sangmeister

Prof. Dr. Hartmut Sangmeister ist emeritierter Hochschullehrer für Entwicklungsökonomik am Alfred-Weber-Institut für Wirtschaftswissenschaften der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg.

ANMERKUNGEN

- 1 Die absoluten Fallzahlen sind nur eingeschränkt vergleichbar, da in den Ländern in unterschiedlichem Ausmaß auf Infektionen getestet wird.
- 2 The Economist Intelligence Unit (2019): Global Health Security Index. Building Collective Action and Accountability. London
- 3 Auch im weltweiten Durchschnitt lag die SARS-Letalitätsrate Mitte Dezember 2020 mit 2,22 deutlich über dem sich für Venezuela ergebenden Wert von 0,9; URL <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1103785/umfrage/mortalitaetsrate-des-coronavirus-nach-laendern/> [18.12.2020].
- 4 Einen guten Überblick über die Reaktionen auf die Herausforderungen der Corona-Pandemie in zehn lateinamerikanischen Ländern bietet Stark, Esther J. [Hrsg.] (2020): ¿Quo vadis América Latina? Pronósticos políticos y socioeconómicos tiempos de Covid-19, Bogotá.
- 5 CEPAL [[Comisión Económica para América Latina y el Caribe] (2020): Measuring the Impact of COVID-19 with a View to Reactivation. COVID-19 Special Report No. 2. Santiago, S. 1.
- 6 World Bank (2020): The Economy in the Time of Covid-19. Semiannual Report of the Latin America and Caribbean Region. Washington DC, S. 12.
- 7 Bereits bis Ende 2019 hatten 4,5 Mio. Menschen Venezuela verlassen, von denen ca. 1,8 Mio. nach Kolumbien flüchteten; United Nations High Commissioner for Refugees (2020): Global Trends. Forced Displacement 2019. Genève, S. 9ff. Im Unterschied zu vielen anderen lateinamerikanischen Staaten verzichtet Venezuela auf eine Po-

- litik zum Schutz seiner im Ausland lebenden Bürgerinnen und Bürger und bot auch den in der Corona-Krise Rückkehrwilligen keine Hilfen an; Pedroza, Luicy/Palop-García, Pau (2020): How Latin American States Protect Their Emigrants in Times of COVID-19. GIGA Focus Latin America, 6., S. 7.
- 8 CEPAL (2020): Balance Preliminar de las Economías de América Latina y el Caribe 2020. Santiago, S. 48.
- 9 Enriquez, Diana/ Rojas Cabal, Sebastián/ Centeno, Miguel A. (2000): Latin America's COVID-19 Nightmare. Lessons From the World's Hardest-Hit Region, in: Foreign Affairs, September 1. URL <https://www.foreignaffairs.com/articles/americas/2020-09-01/latin-americas-covid-19-nightmare> [20.12.2020].
- 10 World Health Organization (2020): Countries. URL <https://www.who.int/countries/#B> [19.12.2020].
- 11 In Brasilien will der Bundesstaat São Paulo den chinesischen Impfstoff Coronavac in Lizenz selbst herstellen, während in dem Bundesstaat Paraná der russische Impfstoff Sputnik V im zweiten Halbjahr 2021 aus eigener Lizenzproduktion verfügbar sein soll; die Zentralregierung hat sich für den Impfstoff von AstraZeneca entschieden, dessen Zulassung sich aber erheblich verzögert.
- 12 IMF [International Monetary Fund] (2020): Regional Economic Outlook Western Hemisphere. October 2020. Pandemic Persistence Clouds the Recovery. Washington DC, S. 8.
- 13 Im Hinblick auf das steigende Haushaltsdefizit wurden die Zahlungen auf Drängen von Wirtschaftsminister Paulo Guedes im Laufe des Jahres auf 300 Reais pro Monat gekürzt und liefen zum Ende des Jahres 2020 aus.
- 14 In Brasilien stieg die Verschuldung der Zentralregierung um 20,2 Prozentpunkte, von 75,8 Prozent des BIP Ende 2019, auf 96 Prozent ein Jahr später; in Kolumbien erhöhte sich die Staatsverschuldung innerhalb eines Jahres von knapp 50 Prozent des BIP Ende 2019 auf 65,6 Prozent; CEPAL (2020): Balance Preliminar de las Economías de América Latina y el Caribe 2020, Santiago, S. 100.
- 15 Der spread steigt, sobald eine Ratingagentur die Bonitätsnote senkt; so setzten beispielsweise Mitte Dezember 2020 die Ratingagenturen Moody's die Bonitätsnote für Kolumbien auf „negativ“ und Fitch für Peru. Zur Entwicklung des Spread während der Corona-Krise vgl. CEPAL (2020): Balance Preliminar de las Economías de América Latina y el Caribe 2020, Santiago, S. 54.
- 16 The Economist Intelligence Unit (2020): EIU Global Outlook: Who's at Risk for Sovereign Defaults? London.
- 17 Inter-American Development Bank (2020): Policies to Fight the Pandemic. 2020 Latin American and Caribbean Macroeconomic Report. Washington DC, S. 18. Anders als in der Europäischen Union und in den USA ist den meisten lateinamerikanischen Zentralbanken der Ankauf von Anleihen des Staates und von Unternehmen gesetzlich untersagt, um eine unkontrollierte Geldschöpfung zu unterbinden.
- 18 World Bank (2020): World Bank's Response to Covid-19 (Coronavirus) In Latin America & Caribbean, April 2, 2020. URL <https://www.worldbank.org/en/news/factsheet/2020/04/02/world-bank-response-to-covid-19-coronavirus-latin-america-and-caribbean> [19.12.2020].
- 19 Der stärkste wirtschaftliche Einbruch wurde im lateinamerikanischen Durchschnitt bei der Verarbeitenden Industrie, der Bauwirtschaft, im Tourismus sowie bei Handel und Transport registriert; CEPAL (2020): Balance Preliminar de las Economías de América Latina y el Caribe 2020, Santiago, S. 64.
- 20 Guyana hatte 2019 an der aggregierten Wertschöpfung des lateinamerikanischen Wirtschaftsraums nur einen Anteil von 0,09 Prozent; World Bank (2020): World Development Indicators. URL <https://databank.worldbank.org/source/world-development-indicators> [20.12.2020].
- 21 Vgl. Beylis, Guillermo et al. (2020): Going Viral: COVID-19 and the Accelerated Transformation of Jobs in Latin America and the Caribbean, World Bank Latin American and Caribbean Studies, Washington DC.
- 22 Die neun Länder Argentinien, Brasilien, Chile, Costa Rica, Kolumbien, Mexiko, Peru, Paraguay und Uruguay repräsentieren ca. 80 Prozent der Erwerbstätigkeit in Lateinamerika; vgl. International Labour Organization (2020): Technical Note on Labour Overview in Times of COVID-19. Impact on the Labour Market and Income in Latin America and the Caribbean, 2. Auflage. Lima, S. 2.
- 23 CEPAL (2020): Measuring the Impact of COVID-19 with a View to Reactivation. COVID-19 Special Report No. 2. Santiago de Chile, S.15.
- 24 Die Zahl der informell Erwerbstätigen lässt sich nicht genau beziffern; Schätzungen, wonach beispielsweise in Brasilien ca. 50 Prozent der Erwerbstätigen informellen Beschäftigungen nachgehen und dabei ca. 30 bis 50 Prozent des Bruttonationaleinkommens erwirtschaften, können allenfalls einen ungefähren Hinweis darauf geben, um welche Größenordnungen es sich handelt; vgl. Sangmeister, Hartmut (2011): Wirtschaft und Weltmarktintegration. Zurück zu altem Glanz?, in: Lateinamerika verstehen lernen, hrsg. von der Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn, S. 69-94. Informelle Beschäftigungsverhältnisse finden sich vor allem - aber nicht nur - in den microempresas, die weder als Unternehmen registriert, noch bei den Finanzämtern oder den Sozialversicherungen gemeldet sind, wie beispielsweise mehr als 80 Prozent der Kleinstunternehmen in Bolivien; vgl. Sangmeister, Hartmut (2019): Unternehmen: Microempresas, PYMES und Multilaterales, in: Lateinamerika. Handbuch für Wissenschaft und Studium, hrsg. von Günther Maihold, Hartmut Sangmeister und Nikolaus Werz, Baden-Baden, S. 454-465.
- 25 IMF (2020): Regional Economic Outlook Western Hemisphere. October 2020. Pandemic Persistence Clouds the Recovery. Washington DC, S. 31.
- 26 The Economist Intelligence Unit (2020): EIU Global Outlook: Who's at Risk for Sovereign Defaults? London, S. 1.
- 27 IMF (2020): World Economic Outlook, October 2020. A Long and Difficult Ascent, Washington DC, S. 16.
- 28 Sangmeister, Hartmut (2020): Zwischen Zustimmung und Ablehnung: Das Handelsabkommen EU-Mercosur. Eine Zwischenbilanz, in: Ibero-Analysen, 31.
- 29 The Economist Intelligence Unit (2020): Will Latin America take Advantage of Supply Chain Shifts? London, S. 5
- 30 So haben sich beispielsweise in Guatemala leistungsfähige BPO-Call Center etabliert, die für internationale Unternehmen tätig sind; auch Unternehmen in Kolumbien waren erfolgreich bei der Vermarktung von Offshore-Services für multinationale Konzerne wie die Citigroup, Hewlett Packard oder Siemens.
- 31 World Economic Forum (2019): The Global Competitiveness Report 2019. Geneva. Lediglich Chile wurde 2019 im oberen Drittel der internationalen Wettbewerbsfähigkeit platziert, Bolivien und die meisten zentralamerikanischen Staaten hingegen im untersten Drittel; Venezuela landete auf Rang 133.
- 32 CEPAL (2020): Measuring the Impact of COVID-19 with a View to Reactivation. COVID-19 Special Report No. 2. Santiago, S. 17.
- 33 ECLAC [Economic Commission for Latin America and the Caribbean]/ FAO (2020): Preventing the COVID-19 crisis from becoming a food crisis. Urgent measures against

- hunger in Latin America and the Caribbean. COVID-19 Report ECLAC-FAO, Santiago.
- 34 In Argentinien, Bolivien, Brasilien, Costa Rica, Peru und Uruguay konnten sich arme Haushalte von informell Beschäftigten und deren Familien, die zuvor noch keine staatlichen Unterstützungen erhalten hatten, für neue eingerichtete Transferprogramme selbst bewerben; Blofield, Merike/ Hoffmann, Bert (2020): Social Policy Responses to the COVID-19 Crisis and the Road Ahead, GIGA Focus Latin America, , S. 3.
- 35 IMF (2020): Regional Economic Outlook Western Hemisphere. October 2020. Pandemic Persistence Clouds the Recovery. Washington DC, S. 3.
- 36 Bertelsmann Transformation Index 2020: Governance. URL <https://bti-project.org/de/index/governance.html> [21.12.2020].
- 37 Sangmeister, Hartmut (2019): Hispanoamerika. Wirtschaft, Politik, Geschichte, Baden-Baden, S. 148; siehe auch Bonvecchi, Alejandro/ Scartascini, Carlos (2020): Who Decides Social Policy? Social Networks and the Political Economy of Social Policy in Latin America and the Caribbean, Washington DC.